

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichungen nehmen die Anzeigen und für Anzeigen die Verhältnisse entgegen. — Erscheint wöchentlich. — Preis pro Anschlag Nr. 22.

Abgabegebühr für Anzeigen aus dem Erzgebirge 2 Pfennige, aus dem Ausland 4 Pfennige, aus dem Ausland 4 Pfennige, aus dem Ausland 4 Pfennige.

Telegramme: Tagesblatt Auergebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 288

Freitag, den 9. Dezember 1932

27. Jahrgang

Reichstagsabgeordnete verprügeln sich

Schlägerei in der zweiten Reichstags-Sitzung — Mit Spudnäpfen, Telephonapparaten und Schreibpulten — Nach der Schlacht Annahme des Gesetzes über die Vertretung des Reichspräsidenten in zweiter Lesung — Am heutigen Freitag Vertagung?

Prügelei

Im Reichstag, der am Mittwoch um 14 Uhr begann, kam es durch unerhörte kommunistische Anfeindungen gegen Hindenburg zu schweren Tumulten und Schlägereien zwischen kommunistischen und nationalsozialistischen Abgeordneten, bei denen — ähnlich wie gelegentlich tumultuöser Szenen im Sommer im Preussischen Landtage — Einrichtungsgegenstände des Wandelganges zerstört wurden. Verschiedene Abgeordnete erlitten Verletzungen. Die Sitzung wurde schließlich aufgehoben. Die meisten Abgeordneten verließen den Plenarsaal, aber auf der zu räumenden Tribüne ging es eine Weile noch sehr durcheinander. Inzwischen hatte sich auf der Tribüne schon ein Handgemenge entwickelt, da der demonstrierende Tribünenbesucher heftigen Widerstand leistete. An der Tür der Tribüne zeigten sich auch uniformierte Nationalsozialisten, die ihre Angehörigen auf der Tribüne schätzen wollten. Als gleichzeitig einige kommunistische Abgeordnete versuchten, aus dem Sitzungssaal auf die Publikumstribüne zu gelangen, folgten ihnen weitere Nationalsozialisten. Beide Gruppen trafen auf dem Wandelgang hinter der Tribüne aufeinander. Es gab zunächst einen heftigen Wortwechsel. Dieser schien dann abzuflauen, als plötzlich in hohem Bogen ein Spudnapf durch die Luft flog. In demselben Augenblick entstand eine schwere Schlägerei zwischen etwa 40 bis 50 kommunistischen und nationalsozialistischen Abgeordneten, wobei nicht nur Aschenbecher und Pultdeckel als Waffen benutzt, sondern auch Telephonapparate und Schreibpulte, die man aus den Wänden riß, verwendet wurden. Mehrere große Glasscheiben von Verbindungstüren gingen in Trümmer. Schließlich wurden die Kommunisten von den Nationalsozialisten bis in den Wandelgang zurückgedrängt, in dem sie sich gewöhnlich aufhalten. Mehrere Abgeordnete erlitten blutige Verletzungen.

Der Sitzungsverlauf

Berlin, 7. Dezember. Reichstagspräsident Goering eröffnet um 14.10 Uhr die Sitzung und teilt das Ergebnis der Schriftführerwahl mit. Die Mitteilung, daß auch der Abgeordnete Hugenberg (Dnt.) mit 201 Stimmen zum Schriftführer gewählt sei, wird mit großem Gelächter und Beifallsrufen aufgenommen. Von Nationalsozialisten wird gerufen: Der große Schriftführer Deutschlands! Abg. Dr. Frid (Nats.) beantragt in namentlicher Abstimmung eine Wiederholung der Vizepräsidentenwahl zu beschließen. Die Abstimmung darüber ergibt die Zustimmung der Zufälligkeit mit 299 gegen 201 Stimmen bei 68 Enthaltungen. Für die Zufälligkeit haben mit den Nationalsozialisten die Mitglieder der Deutschen Volkspartei gestimmt. Die Deutschnationalen haben Stimmenshaltungskarten abgegeben. Auf die Frage, ob er die Wahl annehmen wolle, erklärt Abg. Löbe, er habe noch den am Dienstag abend festgestellten Ergebnis noch Zweifel gehegt, ob er dieses Amt annehmen könne. Nachdem aber durch die Bemühungen des Abg. Dr. Frid (Heiterkeit) diese Zweifel beseitigt seien, die Gültigkeit des Wahlergebnisses nun zweifelsfrei feststehe und ein neuer Rechenfehler wohl nicht passiert sei (erneute Heiterkeit) nehme er die Wahl an. Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt Abg. Hell-Brandenburg (Komm.) zu einer Erklärung das Wort. Er teilt mit, daß bei der furchtbaren Explosionskatastrophe in Prenzlitz 30 Arbeiter unter den Trümmern begraben und 10 getötet worden sind. Alle Abgeordneten erheben sich spontan von den Sitzen. Abg. Hell fährt fort: Diese Katastrophe war nur möglich durch die unerhörten Anzeigerbomben. Diese Bemerkung wird von rechts und aus der Mitte mit heftigen Pfauten und Entrüstungsäußerungen beantwortet. Vizepräsident Esser erhebt den Redner wiederholt vergeblich, bei der Sache zu bleiben und entzieht ihm schließlich das Wort. Vizepräsident Esser spricht sein Bedauern darüber aus, daß der Redner die alle Gemüter erschütternde Mitteilung von der schweren Katastrophe zu politischer Agitation mißbraucht habe. Auf der Tagesordnung, in die nunmehr eingetreten wird, steht als erster Punkt der nationalsozialistische Gesetzesentwurf, wonach der Reichspräsident im Falle seiner Verhinderung durch den Vizepräsidenten des Reichsgerichts vertreten werden soll. Die Antragsteller nehmen zunächst nicht das Wort. Abg. Schneller (Komm.) erklärt, das Reichsgericht stehe unter so starkem nationalsozialistischem Einfluß, daß nach dem Ausscheiden des jetzigen Vizepräsidenten sein Nachfolger sicher ein Nationalsozialist sein werde. Der Redner richtet dann scharfe Angriffe gegen den Reichspräsidenten und Hindenburg. Die Kommunisten schämen Beifall und rufen dreimal im Sprecher:

„Nieder mit Hindenburg“.

Vizepräsident Esser: Wegen dieses unerhörten Ausfalles gegen den Herrn Reichspräsidenten rufe ich den Redner zur Ordnung und mache darauf aufmerksam, daß ich bei einer Wiederholung mit härteren Maßnahmen vorgehen werde. Abg. Schneller (Komm.) setzt seine Angriffe auf den Reichspräsidenten fort. Die Kommunisten rufen wieder dreimal: „Nieder mit Hindenburg!“ Auf der rechten Publikumstribüne stimmt ein Besucher dreimal laut in die Niederrufe ein. In dem Raum, der im Hause herrscht, ist nicht zu hören, was der Vizepräsident sagt. Abg. Schneller fährt dann fort: Hindenburg ist auch der Präsident des Versailles Systems. Wieder rufen die Kommunisten dreimal „Nieder mit Hindenburg!“. Wieder beteiligt sich der Tribünenbesucher laut mit erhobenem Arm an dieser Kundgebung. Ein Reichstagsdiener spricht mit ihm, läßt ihn aber auf der Tribüne. Andere Besucher derselben Tribüne bringen auf den Demonstranten ein und drängen ihn unter Faustschlägen zur Tür. Die Kommunisten im Saal brechen beim Anblick dieser Szene in lärmende Verwünschungen gegen die Tribünenbesucher aus. Auf der Tribüne sind inzwischen auch einige uniformierte Nationalsozialisten erschienen. Es entwickelt sich oben eine Schlägerei, die von den Kommunisten im Saal mit „Nieder“-Rufen gegen Hindenburg begleitet wird. Während des allgemeinen Tumults hat Vizepräsident Esser seinen Platz verlassen und damit die Sitzung unterbrochen. Nach etwa dreiviertelstündiger Pause eröffnet Vizepräsident Esser die Sitzung wieder mit der Mitteilung, daß der Reichstagspräsident die Vorgänge untersuchen und nach dem Abschluß berichten werde. Sollten sich weitere Störungen von den Tribünen zeigen, so würden sämtliche Tribünen geräumt werden. Abg. Torgler (Komm.) erklärt, er müsse dagegen protestieren, daß in den Umhängen des Reichstages mit Köpfen bewaffnete SS- und SA-Männer als Hülfspolizei des Reichstagspräsidenten fungierten. (Lärm bei den Nats. und Rufe: Unverschämte Rüge!)

Hierauf wird die Aussprache über das von den Nationalsozialisten eingebrachte Präsidentenvertretungs-gesetz fortgesetzt. Abg. von Freitag (Dnt.) spricht sich gegen den Gesetzesentwurf aus. Die politische Führung des Reichs sollte nicht einem Mann anvertraut werden, der die ganz unpolitische Stellung des Reichsgerichtspräsidenten einnimmt. Die Bedenken gegen einen solchen Plan würden verhärtet durch die Erinnerung an das Urteil des Staatsgerichtshofes im Streit Reich-Preußen, das sehr ansehbar sei. Wir lehnen den Entwurf ab und beantragen: Der Reichspräsident bestimmt seinen Vertreter für den Fall seiner Verhinderung. Der Vertreter muß den Bedingungen entsprechen, die für den Reichspräsidenten gestellt sind. (Lachen bei den Nats.) Wir wollen, daß der Reichspräsident durch politisches Testament seinen Vertreter für die Zeit bis zu den Neuwahlen zu bestimmen hat. Wir lehnen in dem nationalsozialistischen Entwurf eine Ueberspannung des demokratischen Gedankens.

Wir bedauern die gestrigen Angriffe des Vizepräsidenten gegen den Reichspräsidenten, dessen geschichtliche Stellung ihn vor solchen Angriffen schützen sollte. (Beifall bei den Dnt.) Abg. Dr. Breitscheid (Soz.) bezeichnet es als bezeichnend, daß die Nationalsozialisten ihren verfassungsändernden Gesetzesentwurf nicht einmal durch einen Redner begründet haben. Umso erfreulicher sei die Offenheit, mit der der Vizepräsident die nationalsozialistische Rüge aus dem Saal gelassen habe. Die Sozialdemokraten würden dem nationalsozialistischen Entwurf zustimmen, weil sie eine Dauerregelung der Vertretungsfrage für nötig halten. Der nationalsozialistische Antrag sei unannehmbar, wenn er gebe dem Reichspräsidenten eine Nachvollkommenheit, die beinahe die des Kaisers erreichte. In den Kreisen um Papen, Hugenberg und dem Herrntausch werde mit dem Gedanken gespielt, daß der Reichspräsident durch ein politisches Testament den ehemaligen Kronprinzen zu seinem Vertreter einsetzen soll. Das würde eine Gefahr für den Bestand der republikanischen Verfassung sein. Die nationalsozialistischen Antragsteller sollten näher erläutern, wann der Reichspräsident verhindert ist und wer diese Verhinderung attestiert.

Abg. Dr. Bredt (Dnt.) begrüßt den nationalsozialistischen Entwurf. Es sei in der Tat zur Vertretung des Reichspräsidenten am besten geeignet der Reichsgerichtspräsident, dem der Schutz des Rechts und der Verfassung obliegt. Abg. Torgler (Komm.) bekämpft den Entwurf. Der Reichsgerichtspräsident sei Exponent der schicksalhaften Diktatur gegen die Arbeiterklasse. Damit ist die erste Beratung des Entwurfs erledigt. In der darauf folgenden zweiten Beratung wird ein deutschnationaler

Die zweite Sitzung

In den Berichten und Kommentaren der Morgenblätter über die gestrige Reichstags-Sitzung kommt die optimistische Stimmung, daß mit einem glatten Verlauf der weiteren Verhandlungen zu rechnen sein dürfte, fast einheitlich zum Ausdruck. Die Blätter haben allgemein hervor, daß trotz der peinlichen Prügeleien eine Arbeitsmehrheit in der gestrigen Reichstags-Sitzung vorhanden gewesen ist. Die „Vossische Zeitung“ spricht von einem „Doppelgesicht“, Neigung zu Tumulten und zugleich Anstrengung zur Arbeitsfähigkeit und fragt: Was davon wird sich endgültig durchsetzen? Ebenso wie andere Zeitungen unterstreicht das Blatt die Tatsache, daß die Nationalsozialisten gegen den kommunistischen Antrag auf Herabsetzung des Reichstanzlers gestimmt haben, und legt, die Nationalsozialisten trieben Toleranzpolitik. Mit Bezug auf den deutschnationalen Antrag, der Reichspräsident solle seinen Stellvertreter selbst bestimmen, schreibt das Blatt, noch niemals hätten sich die Deutschnationalen mit Wägen, einem Reichsverweiger den Weg zu ebnen und für diesen Vorschlag den ehemaligen Kronprinzen zu lancieren, so deutlich an die Öffentlichkeit gewagt. Auch andere Blätter, so „Tagesblatt“ und „Vorwärts“, polemisieren in ähnlicher Form gegen den deutschnationalen Antrag. Die „Deutsche Zeitung“, die gleichfalls die Vertagung des Reichstages bis Mitte Januar als wahrscheinlich bezeichnet, meint, allerdings werde sich Reichstagspräsident Goering die Möglichkeit offen lassen, unter besonderen Umständen den Reichstag auf früher einzuberufen. Die Nationalsozialisten hoffen zweifellos, die nächsten Wochen zur Vorbereitung für neue Entscheidungen benutzen zu können. Dabei rechne man nicht mehr mit einer baldigen parlamentarischen Regierungsabfindung in Preußen.

In einem gewissen Gegensatz dazu berichtet die „D.M.Z.“ in ganz positiver Form, daß das wichtigste innerpolitische Ereignis vom Mittwoch — wichtiger selbst als die im Vordergrund stehenden Vorgänge im Reichstag — die Wiederaufnahme der Verhandlungen zwischen Nationalsozialisten und Zentrum über die Lösung der Preußenfrage sei. Diese Besprechungen seien gestern überaus weit fortgeschritten. Es bestehe jetzt begründete Aussicht, daß bei der Tagung des Preußenhauses in der nächsten Woche eine Ministerpräsidentenwahl erfolgen könne.

Untrag auf Ausnahmehüberweisung gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt. Der vom Abg. v. Freitag begründete Änderungsantrag, wonach der Reichspräsident selbst seinen Vertreter bestimmen soll, wird gleichfalls gegen die Antragsteller in einfacher Abstimmung abgelehnt.

Dann wird der nationalsozialistische Entwurf mit allen gegen die Stimmen der Kommunisten und Deutschnationalen angenommen. Die dritte Beratung kann wegen eines Einspruchs der Kommunisten erst in der nächsten Sitzung vorgenommen werden. Es folgt die erste Beratung der Anträge des Zentrums, der Sozialdemokraten und der Nationalsozialisten auf

Änderung der Notverordnung vom 4. September in ihrem sozialpolitischen Teil, auf Winterhilfe und Arbeitsbeschaffung. Abg. Torgler (Komm.) weist darauf hin, daß kein Mitglied der Reichsregierung diese Sitzung besucht hat. Er beantragt die Herabsetzung des Reichstanzlers zu der jetzt bevorstehenden sozialpolitischen Debatte.

Der kommunistische Antrag wird gegen die Stimmen der Kommunisten und Sozialdemokraten abgelehnt. Abg. Karren (Soz.) begründet die sozialdemokratischen Anträge. Darin wird die Aufhebung der Notverordnung vom 14. Juni über Arbeitslosenhilfe, Sozialversicherung und Wohlfahrtslasten verlangt. Im Falle der Ablehnung dieses Antrages soll nach einem Eventualantrag die Winterbeihilfe erweitert werden. Nach einem von den Sozialdemokraten eingebrachten Gesetzesentwurf sollen die Unterstützungsätze und Sozialrenten wieder auf den Stand vor der Notverordnung vom 14. Juli 1932 gebracht werden. In einem weiteren Entwurf wird eine Winterbeihilfe für alle Empfänger von öffentlichen Unterstützungen und Renten verlangt. — Der Redner richtet scharfe Angriffe gegen das frühere Papen-Kabinett, das mit seinem Abbau der Sozialpolitik und mit seinen Regierungserklärungen eine Politik gegen die armen Leute getrieben habe. Das neue Kabinett trage zwar einen anderen Namen, sei aber vom gleichen Geiste erfüllt.

Abg. Bürger (Nats.) tritt für die nationalsozialistischen Anträge ein. Einer dieser Anträge fordert die Aufhebung der Notverordnung vom 4. September in ihrem sozialpolitischen Teil und der darauf gegründeten Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsbeschaffung vom 6. September 1932. Weitere Anträge fordern eine Weihnacht- und Winterbeihilfe in Form von Lebensmitteln, Kleidungsstücken, Wäsche usw. für die notleidende Bevölkerung sowie eine Arbeitsbeschaffungsaktion.

Abg. Bürger (Nats.) tritt für die nationalsozialistischen Anträge ein. Einer dieser Anträge fordert die Aufhebung der Notverordnung vom 4. September in ihrem sozialpolitischen Teil und der darauf gegründeten Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsbeschaffung vom 6. September 1932. Weitere Anträge fordern eine Weihnacht- und Winterbeihilfe in Form von Lebensmitteln, Kleidungsstücken, Wäsche usw. für die notleidende Bevölkerung sowie eine Arbeitsbeschaffungsaktion.

Abg. Bürger (Nats.) tritt für die nationalsozialistischen Anträge ein. Einer dieser Anträge fordert die Aufhebung der Notverordnung vom 4. September in ihrem sozialpolitischen Teil und der darauf gegründeten Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsbeschaffung vom 6. September 1932. Weitere Anträge fordern eine Weihnacht- und Winterbeihilfe in Form von Lebensmitteln, Kleidungsstücken, Wäsche usw. für die notleidende Bevölkerung sowie eine Arbeitsbeschaffungsaktion.

Abg. Bürger (Nats.) tritt für die nationalsozialistischen Anträge ein. Einer dieser Anträge fordert die Aufhebung der Notverordnung vom 4. September in ihrem sozialpolitischen Teil und der darauf gegründeten Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsbeschaffung vom 6. September 1932. Weitere Anträge fordern eine Weihnacht- und Winterbeihilfe in Form von Lebensmitteln, Kleidungsstücken, Wäsche usw. für die notleidende Bevölkerung sowie eine Arbeitsbeschaffungsaktion.